



Pressemitteilung

Mit Kanonen auf Spatzen schießen? Die Ungereimtheiten der HPV-Impfung

Der Bundesverband der Frauengesundheitszentren und zahlreiche (Frauen)Gesundheitsorganisationen sind alarmiert. Vor einem Jahr wurde der Impfstoff Gardasil® zugelassen - beworben als „Impfung gegen Krebs“. Diese pauschalisierte Aussage ist irreführend und entspricht so nicht der Wahrheit, denn es gibt keine Impfung gegen Krebs. Richtig ist: Die Impfung wirkt präventiv gegen die Humanen Papilloma Viren (HPV) 6, 11, 16 und 18. Von diesen sind die Virustypen 16 und 18 nach heutigem Wissen für ca. 70 Prozent aller Gebärmutterhalskrebskrankungen mitverantwortlich. Es gibt mindestens elf weitere HPV-Typen, die ebenfalls an der Entstehung dieses Krebses beteiligt sein können. Die Impfung bietet demzufolge keinen Schutz vor Gebärmutterhalskrebs insgesamt. Zu befürchten ist, dass aufgrund dessen die Krebsfrüherkennungsuntersuchung, die weiterhin wichtig ist, weniger in Anspruch genommen wird. Auch besteht die Gefahr, dass die Benutzung von Kondomen zurückgeht, die einen großen Schutz vor sexuell übertragbaren Infektionen bieten.

Doch damit nicht genug. Auch die Deutung der Zahlen und die Verbindung zwischen HPV-Infektionen und Gebärmutterhalskrebs, mit denen die Impfung verkauft wird, werden nicht differenziert genug und damit nicht korrekt dargestellt. Es wird von der „zweithäufigsten Krebserkrankung junger Frauen (15 - 44 Jahre) gesprochen - was stimmt - doch verschwiegen, dass in dieser Altersgruppe Krebserkrankungen insgesamt höchst selten sind und von Gebärmutterhalskrebs eher ältere Frauen ab 60 Jahren betroffen sind.

Die ImpfbefürworterInnen möchten alle Mädchen ab dem 13. Lebensjahr impfen. Man könnte meinen, dass es sich bei Gebärmutterhalskrebs um eine sehr häufige Erkrankung handelt. Dem ist aber nicht so. Nur 3,16% aller Krebsneuerkrankungen und 1,8 % aller Krebstodesfälle von Frauen in Deutschland gehen auf ihn zurück. Und diese wären auch ohne Impfung größtenteils vermeidbar gewesen. Zwar ist die Infektion mit HP-Viren häufig. Circa 80 % der Menschen haben sie im Laufe ihres Lebens - meist ohne sie zu bemerken, denn das Immunsystem macht sie unschädlich. 10% dieser Infektionen bleiben bestehen und können Zellveränderungen hervorrufen. Nur ca. 1 bis 3% entwickeln sich über einen Zeitraum von 12 bis 15 Jahren zu einem Gebärmutterhalskrebs. Die Zellveränderungen (Dysplasien) sind bei der so genannten Krebsvorsorge mit dem Pap-Test meist gut zu erkennen und zu behandeln. Oft heilen sie von selbst aus.

Einen möglichen Schutz vor Gebärmutterhalskrebs bietet die Impfung also nur einem kleinen Anteil betroffener junger Frauen. Belege, dass durch die Impfung die Rate an



Gebärmutterhalskrebs wirklich gesenkt wird, gibt es bisher nicht. Wie auch – die zu Grunde liegenden Studien laufen erst seit fünf Jahren. Und so schnell entwickelt sich kein Krebs am Gebärmutterhals. Ob die Impfwirkung fünf Jahre oder länger anhält, weiß heute niemand.

Unklar ist auch, ob - wie bei Masern - andere HPV-Typen, die dann schwieriger zu behandeln sind, die Stelle der HPV 16 und 18 besetzen werden.

Würden sich alle Mädchen und junge Frauen zwischen 12 und 17 Jahren, wie von der Ständigen Impfkommission (STIKO) empfohlen, nun impfen lassen, würde das im ersten Jahr über eine Milliarde Euro an Kosten für das deutsche Gesundheitssystem bedeuten. In jedem weiteren Jahr kämen ca. 200 Millionen dazu, wenn die jeweils zwölfjährigen Mädchen dann zur Impfung gingen. Zudem werden bereits jetzt Frauen, die älter als 17 Jahre sind, geimpft, ohne vorherigen Test darauf, ob sie bereits Kontakt mit HP-Viren hatten. Dies verursacht weitere Kosten. Der Nachweis eines Nutzens steht aus. Viele Milliarden Euro werden so investiert und fehlen an anderer Stelle. Es stellt sich die Frage, warum die Krankenkassen dies mitmachen.

Mehr Zeit und größere Sorgfalt für die Bewertung der neuen Impfung sowie Verhandlungen zur Preisreduktion (Deutschland: 465 €, USA 280 €) wären dringend von Nöten gewesen. Die aggressive Propagierung einer Impfung, deren Nutzen überschätzt wird und deren Kosten immens sind, ist fragwürdig. Panikmache und Indoktrination, wie zurzeit betrieben, sind sicherlich keine guten Ratgeber. Wir fordern umfassende und unabhängige Informationen zur HPV-Impfung, eine Überprüfung der Zulassung und eine Verringerung der Kosten - im Interesse der Mädchen und Frauen.